



Chart of the Week: 4. Quartal 2022

Oktober bis Dezember: Aktuelle Daten und Fakten visualisiert

31.12.2022, 10:15



© ADOBESTOCK/WKÖ

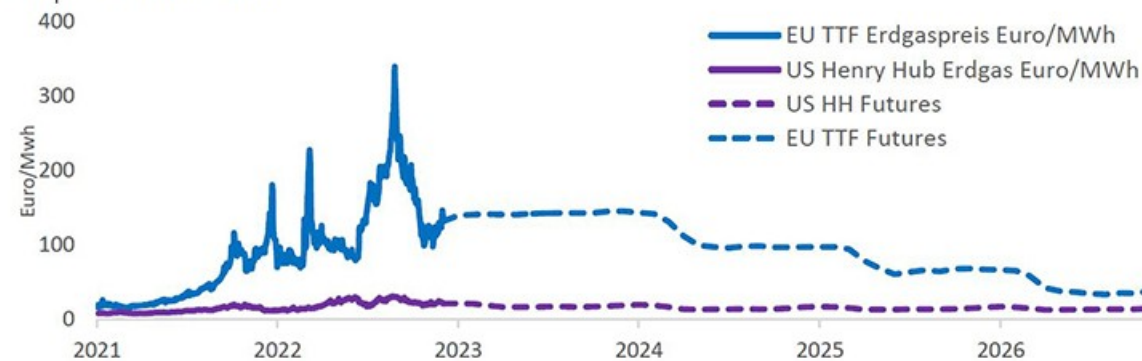
KW 48: Hohe Energiekosten gefährden Wettbewerbsfähigkeit

Nach einem turbulenten Jahr 2022 mit zum Teil exorbitanten Preisspitzen gleich zu Jahresbeginn, im Frühjahr und im September, ist der **Gaspreis auf dem Spotmarkt Ende November noch immer mehr als sechs Mal höher als bei unseren Mitbewerbern aus den USA**. Zwischenzeitlich war der Gaspreis der EU sogar 10 Mal höher als in den USA. Marktteilnehmer gehen davon aus, dass der energiepreisbedingte Wettbewerbsnachteil auch in den kommenden Jahren nicht verschwinden wird.

Die **Futures weisen auf langfristig höhere Gaspreise hin**. Damit droht Europa auch auf längere Sicht ein Wettbewerbsnachteil gegenüber den USA. Die enormen Preisunterschiede sind ein absoluter Standortnachteil, wenn es um Investitionsentscheidungen oder sogar Produktionsverlagerungen in Länder geht, in denen die Energiepreise deutlich niedriger sind. Die USA sind weniger energieabhängig als die EU und profitieren von der Entwicklung des Dollar.

Gaspreis aktuell in der EU sechs Mal höher als in den USA

Gaspreise: EU vs. USA



© QUELLE: TRADING ECONOMICS, BARCHART, EIGENE BERECHNUNGEN

Nachdem sich auf EU-Ebene keine gemeinsame Lösung für eine Eindämmung der extremen Preisentwicklung bei Gas und Strom abzeichnet, sind die Nationalstaaten gefordert, die Betriebe zu entlasten und so deren Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Die österreichischen Unternehmen müssen weiterhin fähig sein, ihre Produkte am internationalen Markt erfolgreich zu platzieren. Ist dies nicht gewährleistet, könnte es zur Abwanderung energieintensiver Betriebe und infolgedessen zum Verlust von unzähligen Arbeitsplätzen kommen.

Aber nicht nur gegenüber Drittstaaten gerät Österreich ins Hintertreffen. Die heimische Wirtschaft ist eng mit der deutschen Wirtschaft verbunden. Die ab Jahresbeginn wirksamen Strom- und Gaspreisbremsen bei unserem Nachbarn sind für unsere Betriebe ein zusätzlicher innereuropäischer Wettbewerbsnachteil.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 47: Magere Wachstumsaussichten, beschleunigter Strukturwandel

Die österreichische Wirtschaft wird in den nächsten Jahren nur zaghafte wachsen. In den kommenden fünf Jahren rechnet das WIFO mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich nur 1,0 Prozent pro Jahr. Die Inflation wird nur langsam sinken und in den nächsten Jahren deutlich oberhalb des EZB-Ziels verbleiben. Auf Branchenebene wird es zu stärkeren Veränderungen kommen, insbesondere in der energieintensiven Industrie, denn der Energiepreisschock treibt den Strukturwandel an.

Durch die hohen Energiepreise sind energieintensive Betriebe in Ländern, die bislang kostengünstiges russisches Gas bekamen, wie etwa Deutschland oder Österreich, nun mit höheren Produktionskosten konfrontiert. Dies reduziert die Wettbewerbsfähigkeit und erhöht die Gefahr von Produktionsverlagerungen an Standorte mit günstigeren Energiepreisen. Ursächlich für die hohen Kosten für Energieimporte sind vor allem der Ukraine-Krieg und die Schwäche des Euro im Vergleich zum US-Dollar.

Investitionen in die Dekarbonisierung sowie in energieeffizientere Technologien können mittelfristig dazu beitragen, die Energiekostenbelastung zu senken. Steigende Zinsen sowie die konjunkturelle Lage wirken derzeit aber eher investitionsdämpfend. In den nächsten fünf Jahren rechnet das WIFO mit einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs der Bruttoanlageinvestitionen von nur 1,4 % in Österreich. Zum Vergleich: Von 2010 bis 2019 stiegen die Investitionen um durchschnittlich 2,6 % pro Jahr.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

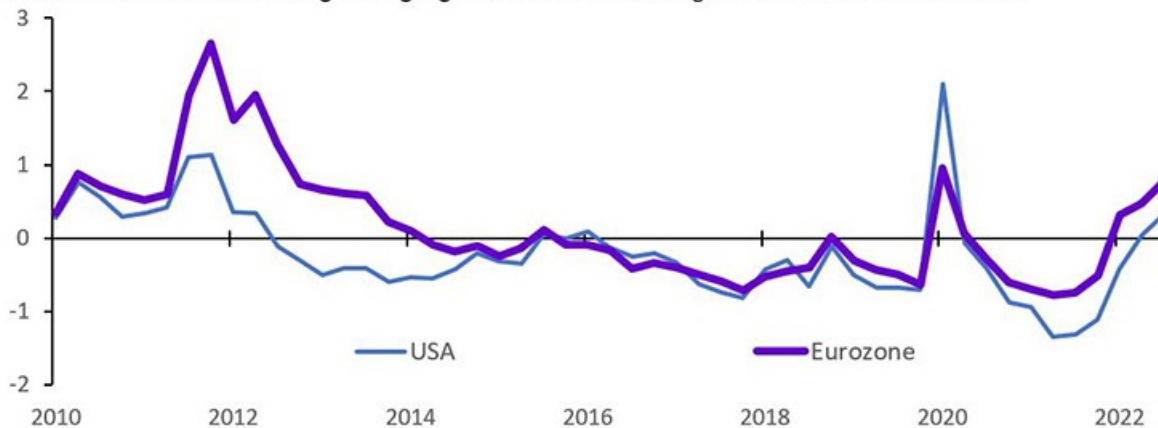
KW 46: Kapitalkosten in der Eurozone steigen rasant

Finanzieren wird schwieriger. Wie der IWF-Global Financial Stability Report zeigt, wurden die Finanzierungsbedingungen seit Jahresbeginn deutlich restriktiver und liegen mittlerweile in allen Industrieländern über ihrem 25-Jahresdurchschnitt. Gemeint sind damit die Rahmenbedingungen aller Finanzinstrumente, die Investitions- und Konsumentscheidungen von Unternehmen und Haushalten beeinflussen. Wenn Finanzierungen teurer werden,

hat das natürlich auch maßgeblich Einfluss auf die zukünftige Konjunktur- und Preisentwicklung.

Unternehmen sind mit stark steigenden Finanzierungskosten konfrontiert

Globaler Index der Finanzierungsbedingungen: Standardabweichungen zum 25-Jahres-Durchschnitt



© QUELLE: IWF; FÜR DETAILS, SIEHE: 2018 GFSR ANNEX

Die zuletzt von der EZB veröffentlichte Bank Lending Survey zeigt, dass die Banken in der Eurozone ihre Kreditvergabe-Richtlinien für Unternehmens- und Wohnungsbaukredite im dritten Quartal deutlich verschärft haben. Netto haben sich Unternehmenskredite um 32 % verteuert, während Konsum- und andere Haushaltskredite sich um 21 % verteuert haben. Gleichzeitig aber erhöhte sich die Kreditnachfrage der Unternehmen aufgrund der hohen Vorleistungspreise. Teurere Kredite stellen für die Unternehmen aktuell also eine doppelte Belastung dar. Bei den Haushalten haben die höheren Zinsen sowie die sehr schlechte Konsumentenstimmung zu einem Rückgang der Kreditnachfrage geführt.

Dazu kommt die „Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung“ (KIM-VO): Sie verschärft die Kriterien für die Vergabe von privaten Wohnbaukrediten noch weiter.

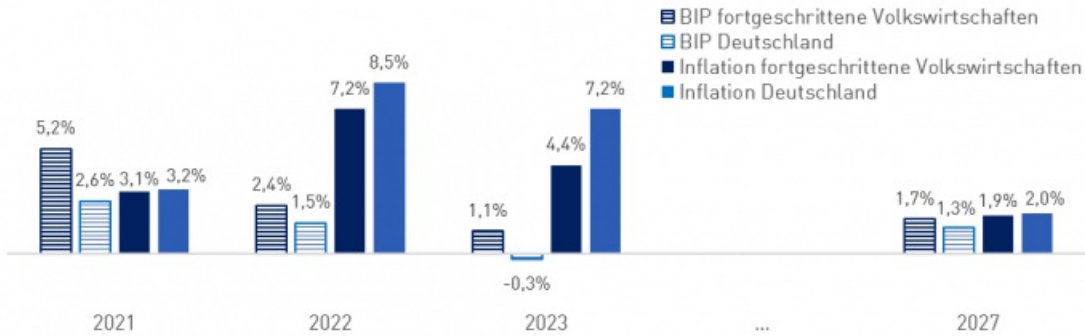
[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 42: IWF-Prognose: Rezession trifft Deutschland am stärksten

„Österreichs wichtigster Handelspartner rauscht in die Rezession. Während die jüngste IWF-Prognose den anderen fortgeschrittenen Ökonomien für das Jahr 2023 zumindest noch ein leichtes BIP-Wachstum von durchschnittlich 1,1 Prozent prophezeit, trifft der allgemeine wirtschaftliche Abwärtstrend Deutschland mit voller Wucht und beschert ihm einen BIP-Rückgang um -0,3 %. Der Grund dafür liegt in der besonderen Abhängigkeit der energieintensiven deutschen Industrie von russischem Erdgas. Die Angebotsverknappung im Zuge des Ukrainekrieges und die damit einhergehenden Preisanstiege schwächen die internationale Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen. Der schleppende Ausbau der erneuerbaren Energien und die Herausforderungen bei der Suche nach alternativen Energielieferanten werden Deutschlands Wirtschaft laut IWF noch lange zusetzen. Die BIP-Wachstumsprognose für das Jahr 2027 liegt bei lediglich 1,3 %.

Deutschlands BIP soll laut IMF im Jahr 2023 um 0,3 % schrumpfen

BIP und Inflation, jährliche Veränderungsrate in Prozent



© IWF

Die deutsche Regierung versucht nun, die Kosten für Industrie und Haushalte mit einem 200 Mrd. Euro schweren Maßnahmenpaket - darunter eine nationale Gaspreisbremse - zu senken.

Wenn Österreichs wichtigster Handelspartner in wirtschaftliche Schieflage gerät, hat das negative Auswirkungen auf unsere Volkswirtschaft, aber auch eine bedeutende europaweite Komponente. Unerlässlich ist daher ein gesamteuropäisches Vorgehen zur Abfederung der Energiepreise: Extremspitzen beim Gaspreis müssten gestützt und die Strompreise vom Gaspreis entkoppelt werden. Die heutige Grundsatzvereinbarung beim Europäischen Rat, einen Eingriff bei den Gaspreisen umsetzen zu wollen, ist ein längst notwendiger Schritt.“

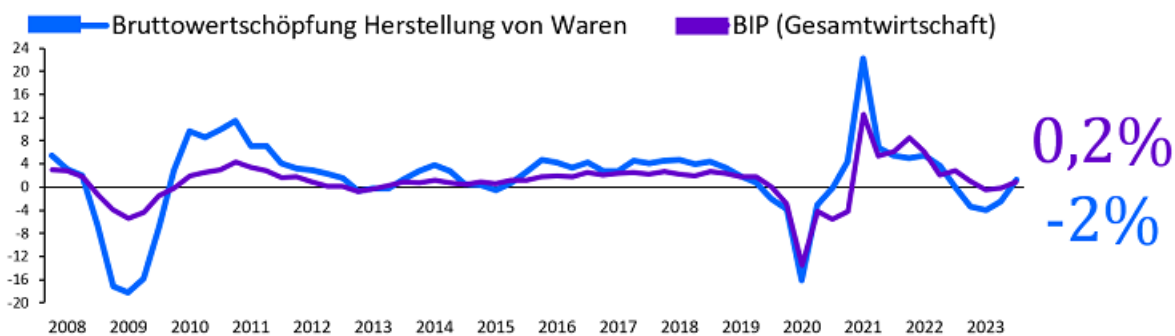
[>> Analyse als PDF lesen](#)

KW 41: Industrie rutscht in die Rezession

Die weltweite Konjunktur hat sich in den letzten Monaten eingetrübt. Österreichs Wirtschaft wird nächstes Jahr stagnieren, das WIFO erwartet ein BIP-Wachstum von nur 0,2 %. In der Industrie steht in Österreich sowie bei unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland sogar eine Rezession vor der Tür, wobei die energieintensiven Branchen besonders gefährdet sind. Das WIFO prognostiziert einen 2-prozentigen Rückgang der realen Wertschöpfung in der Herstellung von Waren für 2023, in einzelnen Quartalen wird sogar mit Einbußen von bis zu 4 % gegenüber den jeweiligen Vorjahresquartalen gerechnet.

Bruttowertschöpfung der Industrie sinkt im Jahr 2023 um 2 % in Österreich

Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: WIFO

© WIFO

Die stark gestiegenen Energiepreise sowie die globale konjunkturelle Eintrübung belasten die Aussichten der Industrie. Die Branche steht vor großen Herausforderungen, denn zusätzlich zu den hohen Energiekosten muss sie auch die Anforderungen zur Erreichung der Klimaziele bewältigen. Der Transformationsfonds ist eine wichtige und notwendige Maßnahme, um Unternehmen bei Investitionen in klimaneutrale Produktionsanlagen zu unterstützen. Außerdem müssen Genehmigungsverfahren für den Ausbau der erneuerbaren Energieinfrastruktur beschleunigt werden.

[>> Analyse als PDF lesen](#)

Das könnte Sie auch interessieren



Ein Jahr Umweltstiftung: Interesse an Green Jobs steigt

Das von WKÖ und ÖGB initiierte Projekt zur arbeitsplatznahen Ausbildung Arbeitssuchender zählt 200 Teilnehmer:innen, bis 2025 sollen es 1.000 sein [➤ mehr](#)



WKÖ-Kühnel: „Die Zahlen belegen: Die Lehre ist ein Karriereturbo“

Lehre als attraktivstes Ausbildungsangebot - Höhere berufliche Bildung als Hebel, um Tertiärquote zu heben [➤ mehr](#)



WIFI-Studienprogramm 2023/24: Akademische Lehrgänge nach novelliertem Hochschulrecht starten im Herbst

Trend zeigt steigende Nachfrage nach universitären Abschlüssen unter Fachkräften mit und ohne Matura [➤ mehr](#)